

SPD

**„Leben, arbeiten, lernen, wohnen ...
in Bremen und Bremerhaven“**

Regierungsprogramm 2015-2019

Beschlossen auf dem Landesparteitag am 7. März 2015 in der Stadthalle Bremerhaven.

Inhalt

Vorwort des Vorsitzenden:

„Miteinander – leben, arbeiten, lernen, wohnen ... in Bremen und Bremerhaven.....	5
1 Wirtschaft: Bremen(s) Stärken!	9
1.1 Zwei Städte – ein Standort mit Profil.....	9
1.2 Innovation made in Bremen	10
1.3 Entwicklung braucht Gewerbeflächen	11
1.4 Wirtschaftsförderung muss sich rechnen – für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und die Beschäftigten	11
1.5 Einzelhandel heißt gemeinsam handeln!.....	12
1.6 Bremen & Bremerhaven: Mehr als eine Reise wert.....	12
1.7 Die Häfen: Offene Tore zur Welt	13
1.8 Verbraucherschutz	15
2 Gute Arbeit für Bremen und Bremerhaven.....	16
2.1 Ausbildungsgarantie – ein Recht auf Zukunft	16
2.2 Ausbildung fördern – neue Wege ermöglichen	16
2.3 Nach dem Abschluss und im Beruf: Weiterbildung!	17
2.4 Arbeitsmarktförderung soll echte Chancen bieten	17
2.5 Fachkräfte sichern und gewinnen	18
2.6 Zugang zum Arbeitsmarkt – für alle!	18
2.7 Arbeitsmarktpolitik & Wirtschaftsförderung	19
2.8 Gute Arbeit braucht Unterstützung und klare Regeln	19
2.9 Arbeit hat Grenzen	20
2.10 Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigung bekämpfen	20
2.11 Gute Arbeit: Wer Rechte hat, muss sie auch kennen	21
2.12 Arbeitnehmerrechte sind keine Glaubensfrage!	21
3 Gute Bildung für alle.....	21
3.1 Schule besser machen: Qualitätssicherung und -entwicklung.....	22
3.2 Inhalte und Profile statt Konkurrenz.....	22
3.3 Ganztagschule: Mehr Zeit zum gemeinsamen Lernen.....	23
3.4 Sprache bedeutet Teilhabe.....	23
3.5 Dazugehören? In Bremen inklusive!	24
3.6 Medienbildung in der Schule	24
3.7 Berufliche (Weiter-)Bildung stärken.....	25
3.8 Lebenslanges Lernen – Weiterbildung stärken.....	25
3.9 Gute Bildung ist nicht kostenlos.....	26

4	Wissen schaffen!	26
4.1	Die Wissenschaftslandschaft gestalten.....	27
4.2	Von den Hochschulen in die Praxis	28
4.3	Gute Lehre & Bildungsgerechtigkeit	28
5	Für eine solidarische Gesellschaft	29
5.1	Wir investieren in Zukunft – in unsere Kinder	30
5.2	Bildung von Anfang an	30
5.3	Für ein menschenwürdiges Existenzminimum und soziale Grundsicherung	31
5.4	Stadtteilgerecht und sozialraumorientiert.....	31
5.5	Integration: Wer bei uns lebt, gehört zu uns!	32
5.6	Für eine gerechte Gesundheitspolitik	33
6	Gleichberechtigt! Miteinander!	34
6.1	Frauen fördern!.....	34
6.2	Auch Kindern und Jugendlichen gehört die Stadt	36
6.3	Teilhabe für ältere Menschen	37
6.4	Schwul, lesbisch, transgender – na und?	37
6.5	Rechte von behinderten Menschen umsetzen!	38
7	Sport: Bremen in Bewegung.....	39
7.1	Begeisterung bei Kindern und Jugendlichen wecken.....	39
7.2	Sport: gesundheitsfördernd – und förderungswürdig.....	39
7.3	Inklusion im Sport	40
7.4	Leistungssport und große Sportveranstaltungen.....	40
7.5	Für eine attraktive Bäderlandschaft.....	40
8	Kultur und Kunst	40
8.1	Aktive Kulturförderung & Vernetzung	41
8.2	Kulturelle Bildung wirkt – vor allem auch integrativ	42
8.3	Niederdeutsch ist Bremisch	42
9	Unsere Städte entwickeln – Bauen und Wohnen	43
9.1	Wohnen darf kein Luxus sein!	43
9.2	Bremen wächst.....	44
9.3	Wohnraum schaffen – Beteiligung ermöglichen.....	44
9.4	Bremens Zentren entwickeln!.....	45
9.5	Soziale Stadtteilentwicklung	45
10	Lebensqualität sichern – Lebensgrundlagen schützen: Umwelt und Klimaschutz.....	46
10.1	Klima- und Umweltpolitik.....	46
10.2	Das Grün in die Städte holen und für Pflege sorgen!	46
10.3	Die Energiewende gestalten	47

11	Für eine Verkehrspolitik, die (Interessen) verbindet.....	47
11.1	Busse und Bahnen: Bezahlbare Mobilität ermöglichen	48
11.2	Neue, bessere Verbindungen	48
11.3	Per Pedes und per Rad.....	49
11.4	Wirtschaft und Verkehr	49
11.5	Lärm ist kein Luxusproblem	50
12	Demokratie stärken	50
12.1	Bürgerbeteiligung aus und als Prinzip	50
12.2	Auch junge Menschen sollen mitmischen.....	51
12.3	Die Bürgerschaft.....	52
12.4	Demokratie vor Ort: die Beiräte.....	52
12.5	Unbezahlt und unbezahlbar: das Ehrenamt	53
13	Sicher leben in Bremen und Bremerhaven.....	53
13.1	Bürgernahe Polizeiarbeit	54
13.2	Für eine leistungsfähige Polizei	54
13.3	Schutz vor und Ahndung von Übergriffen.....	54
13.4	Kriminalität entschlossen bekämpfen	55
13.5	Klare Kante gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerbetrug	55
13.6	Konsequenter Kampf gegen Rechtsextremismus	56
13.7	Bürgerservice und öffentliche Ordnung	56
13.8	Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	57
14	Justiz & Recht	58
14.1	Für ein bürgerfreundliches, leistungsfähiges Rechtssystem	58
14.2	Für einen humanen Strafvollzug	58
15	Medien & Netzpolitik.....	59
15.1	Medienkompetenz	59
15.2	Unser Sender: Radio Bremen	59
15.3	Landesmedienanstalt & Bürgerrundfunk.....	60
15.4	Teilhabe – auch digital.....	60
15.5	Datenschutz braucht klare Standards.....	61
16	Bremen in Europa – Bremen in der Welt.....	61
17	Finanzielle Grundlagen des Stadtstaates sichern	62
17.1	Eigenanstrengungen intensivieren	63
17.2	Personal zielgerichtet einsetzen – angemessene Bezahlung sicherstellen	63
17.3	Bund-Länder-Finzen reformieren.....	64

zu einer höheren CO₂-Effizienz führen soll und ambitionierte Zielmarken für ein nachhaltiges ökonomisches Wachstum und kontrollierte Ressourcenverbräuche setzt.

1.8 Verbraucherschutz

Eine sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft muss die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten und der Abnehmerinnen und Abnehmer im Blick haben. Unsere Politik ist dabei im besten Sinne tatsächlich parteiisch – auf der Seite der Verbraucher.

Gerade auch bei neuen Produkten, Technologien und Entwicklungen machen wir uns dafür stark, die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten systematisch mit einzubeziehen sowie mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit zu prüfen.

Als einen Schritt auf diesem Weg haben wir in Bremen in der vergangenen Legislaturperiode eine Verbraucherschutzklausel eingeführt: Alle Gesetzes- und Verordnungsentwürfe werden seither systematisch auf ihre Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher geprüft. Diese Regelung wollen wir fortsetzen, auf ihre Wirksamkeit untersuchen, gegebenenfalls verbessern und uns auch auf Bundesebene für die Einführung einer solchen Klausel stark machen.

Insbesondere in den Bereichen Lebensmittel und Ernährung, Kommunikation, Verbraucherrecht und Finanzen leistet die Verbraucherzentrale Bremen eine wichtige Arbeit für Verbraucherinnen und Verbraucher. Ihr Beratungsangebot ist für uns unverzichtbar.

Jede Konsumentin und jeder Konsument muss in die Lage versetzt werden, sich überhaupt für oder gegen ein Produkt entscheiden zu können.

Große Defizite sehen wir dabei etwa im Bereich der Finanzdienstleistungen, die oftmals komplex und undurchsichtig gestaltet sind. Um für Aufklärung zu sorgen, haben wir die Finanzberatung der Verbraucherzentrale in der Vergangenheit besonders unterstützt und werden dies auch weiterhin tun. Denn wir wollen eine kompetente, unabhängige Beratung, damit sich die Menschen im Dickicht der Finanzdienstleistungen zurechtfinden und seriöse von unseriösen Angeboten unterscheiden können. Darüber hinaus machen wir uns weiterhin für klare Regelungen bei Konto-Überziehungszinsen stark: Es kann nicht sein, dass die Banken den Dispozinssatz bislang quasi frei bestimmen – und in die Höhe treiben können. Wo der Markt, wie in diesem Fall, versagt, müssen gesetzliche Regelungen für eine Deckelung sorgen.

Klar ist: Wir werden die Arbeit der Verbraucherzentrale daher weiter finanziell absichern und zudem die Zusammenarbeit mit anderen Verbraucherorganisationen, wie etwa der Schuldner- oder Energieberatung, stärken. Darüber hinaus werden wir die Verbraucherzentrale dabei unterstützen, ihre Strukturen auf neue Herausforderungen und weitere Zielgruppen einzustellen: Wir werden die Verbraucherzentrale daher dabei unterstützen, auch Migrantinnen und Migranten sowie ältere und junge Menschen sowie Menschen mit Behinderung besser zu erreichen.

Wir wollen, dass das auf Bundesebene von der SPD und im schwarz-roten Koalitionsvertrag beschlossene Marktwächter-Konzept konsequent umgesetzt wird: Damit die Verbraucherzentralen in diesem Sinne als „Marktwächter“ fungieren, unlautere Praktiken aufspüren und an die Aufsichtsbehörden melden können, muss eine ausreichende Finanzierung dieser Arbeit durch den Bund sichergestellt werden. Gerade in den für Konsumentinnen und Konsumenten schwer überblickbaren Bereichen Finanzen und für die „digitale Welt“ wird ein derartiges Frühwarnsystem für kollektiv auftretende Verbraucherprobleme dringend benötigt.